



Gorleben Rundschau



Party und Tagung
Sommer-Highlights

Gesperrt

Die Veränderungssperre in Gorleben bleibt bestehen, wenn auch nicht ganz so lange, wie bisher gedacht.

Geklärt

Die ausstehenden 26 Castoren kommen nicht nach Gorleben. Bayern läuft Sturm gegen die Entscheidung.

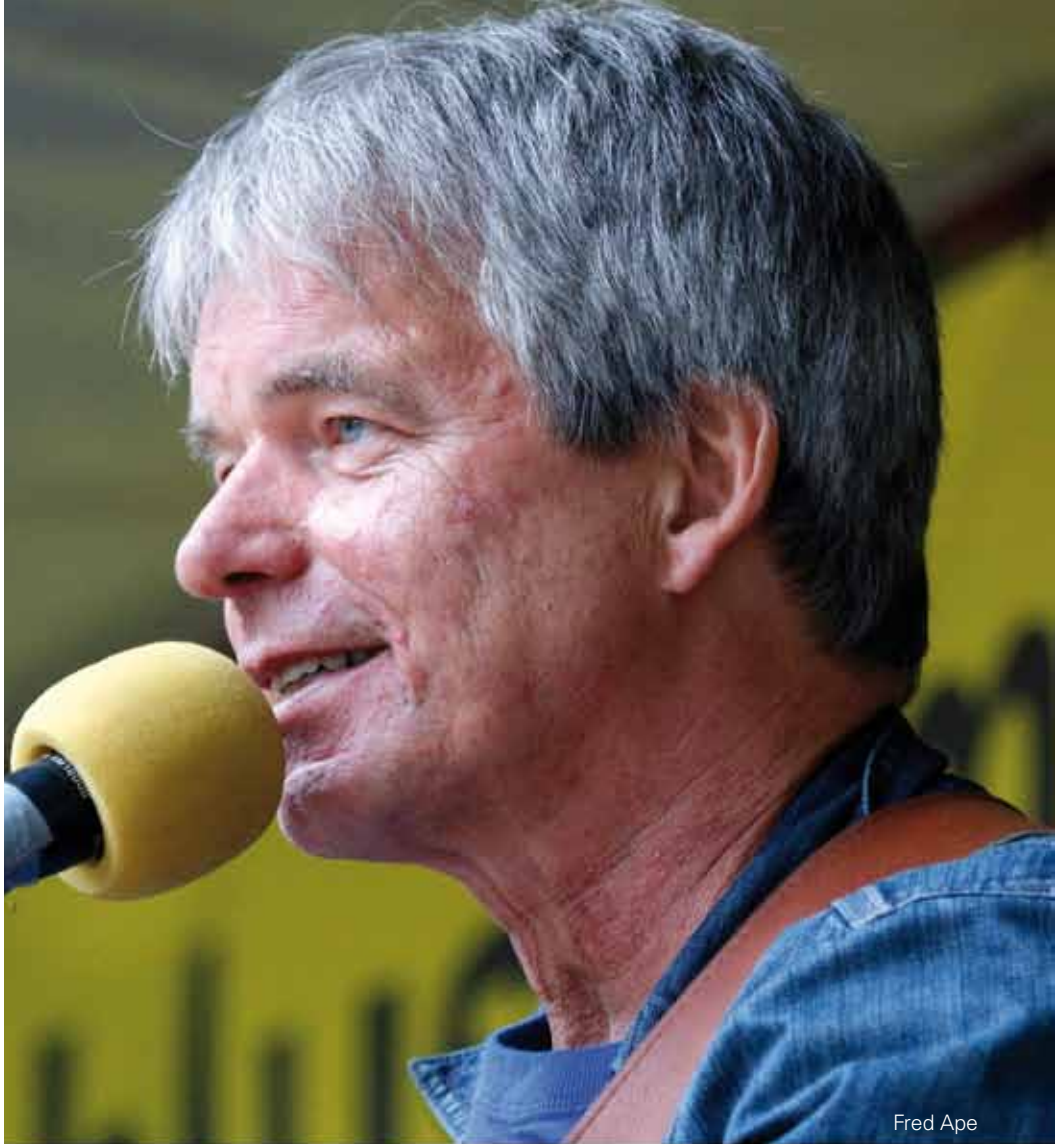
Geschönt

Die BI empfindet die Zwischenbilanz der Endlager-Kommission und des BUND lächerlich.

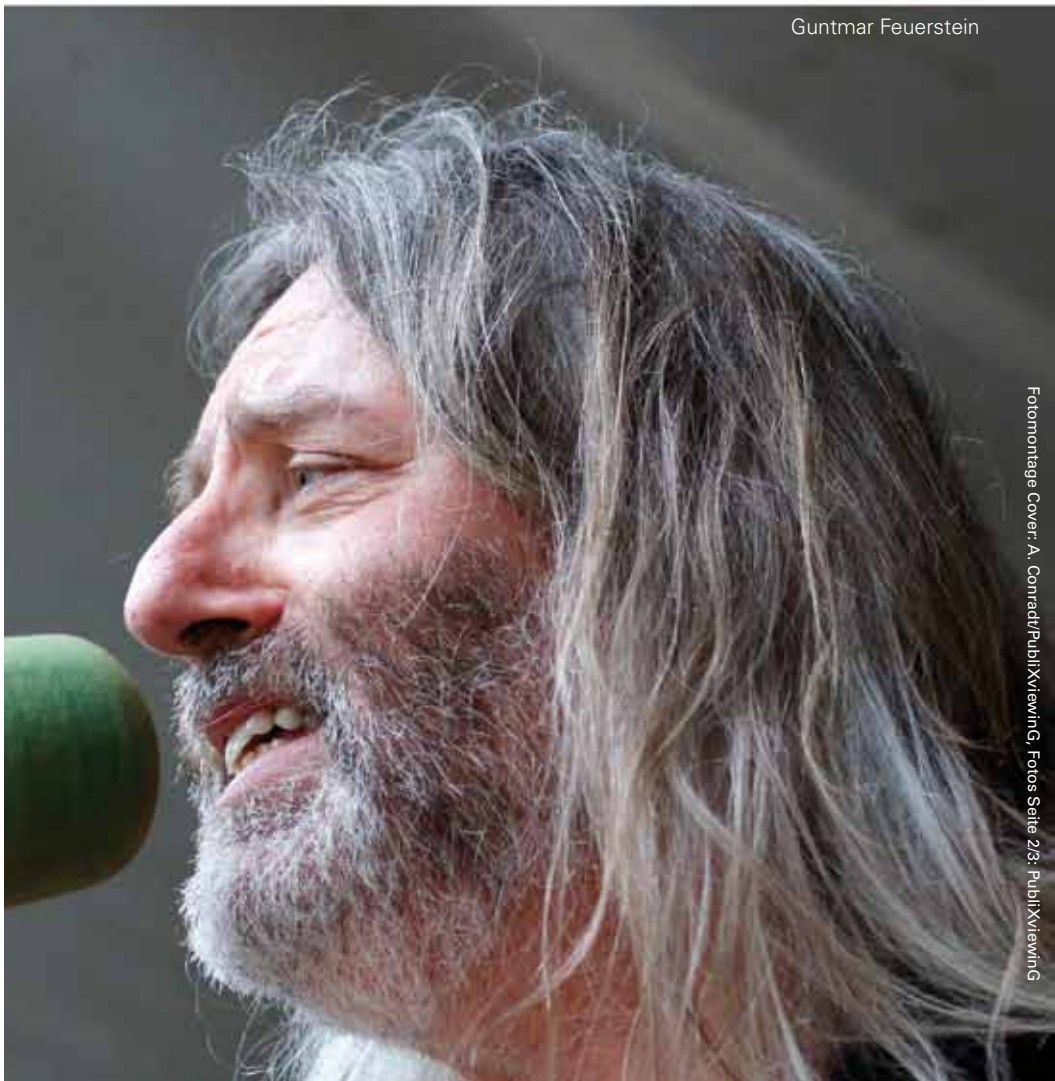
Musik am Bauzaun

Wenn wir so an die Anfänge denken, ist das zwar alles so unglaublich lange her, aber durch unsere ständigen Besuche im Wendland bleibt nicht nur die Erinnerung mit intensiven Eindrücken, sondern auch weiter Haltung und Auftrag im Kopf. Wenn wir also zur KLP ins Wendland kommen, dann nicht um Geld zu verdienen (na ja, wenn der „Hut“ gut gefüllt ist, ist es ja auch schön, schließlich leben wir davon), sondern um an den Wunderpunkten teilzunehmen und zu zeigen: Wir stehen als Künstler hinter dem „Kampf“ und dem Motto von damals und heute: „Gorleben soll leben“. Der Text „Festung von Gorleben“ entstand kurz nach der Albrechtsentscheidung 1977, das atomare Endlager nach Gorleben zu holen. Es ist für uns auch heute noch immer ein Gänsehautgefühl, das Lied mit der bekannten „Hotel California“-Melodie, zu spielen. In Beesem fanden wir schon im letzten Jahr das Plakat des „Tanz auf dem Vulkan“-Festivals 1982, bei dem ich, Fred Ape, mit meiner damaligen Gruppe „Ape, Beck & Brinkmann“ zum ersten Mal im Wendland war. Das Konzert fand im Hüttendorf statt, und es war immer irgendwie so, dass im nächsten Moment, irgendwas passieren konnte. Heute ist alles ruhig und beschaulich in den Rundlingen und kein Mensch glaubt noch ernsthaft daran, dass im Gorleben Salzstock je eine verstrahlte Tonne versenkt wird. Wir, „Ape & Feuerstein“, sind heute auch eher musik-kabarettistisch unterwegs und schauen auf eine beachtliche Strecke an Bühnenleben und Produktionen zurück. Auch wenn das Lachen auf der Bühne heute überwiegt, sind wir doch gerührt gewesen, in Gorleben am 22. Mai zum Aktionstag auf der Bühne gestanden zu haben. Am „Bauzaun“. Und so lange der steht und wir noch können, kommen wir gerne wieder.

Fred Ape und Guntmar Feuerstein
Ape & Feuerstein



Fred Ape



Guntmar Feuerstein

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur liegt das trockenste Frühjahr seit dem Einstieg in die Atomenergie hinter uns, auch die Kulturelle Widerstands-Party zu Pfingsten, mit der jene Phase unschlagbar regenerativer Wendlandsonne begann. Während Wendländer/-innen und Freunde zu Tausenden demonstrierten und am Beton rüttelten, zementierte der Bundestag in Berlin die Veränderungssperre in Gorleben.

Auch mit kleinen Korrekturen am Gesetzesdesign kann die Endlagerkommission nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gorleben unverrückbar erste Wahl bleibt. Weil aber der Jubel der Massen ausbleibt, feiern die Kommissions-Mitglieder sich zur Halbzeit einstweilen selbst und allein; unser rasender Reporter, Der K., hat's gemerkt und kann sich seinen Kommentar nicht verkneifen.

Wo übrigens die vom Bundestag

versprochene „schnelle Evaluation des Standortwahlgesetzes“ abgeblieben ist, fragen Sie sich? Nun, vermutlich in der Schublade neben dem Verbleib der noch ausstehenden 26 Castoren aus dem Ausland, nehmen wir an... Dennoch die Aufteilung auf vier Zwischenlager wirklich kommen wird, bleibt abzuwarten.

Kurz vor ihrem nominellen Ende hat sich die Kommission scheinbar noch schnell besonnen und zum Bürgerdialog „von Beginn an“ geladen. Dieser Pseudo-Beteiligung konnten Anwohner „kerntechnischer Anlagen“ unmöglich beiwohnen, ohne als Feigenblatt für ein schon zu Beginn gescheitertes Verfahren benutzt zu werden. So machten wir kurzerhand unsere eigene Tagung, in der die ganze Kritik geballt aufs Tapet kam. Weil also die Wendländer/-innen nicht zu den dümmsten Schafen zählen und sich fern hielten, band die Kommission ungenierte eine Schul-



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg

klasse aus der Region in ihr Programm ein. Wütend macht uns auch, dass Anmelder/-innen verfassungsrechtlich legitimer Demonstrationen wie Straftäter/-innen in Polizeicomputern gespeichert werden...

Wenn sie diesen Herbst etwas gegen die atompolitischen Missstände tun möchten, bietet sich das Open Air in Ventschau als Solidarität mit den Opfern der Nuklearkatastrophen an. Und sollten Sie zur Castorzeit noch nichts vorhaben, so planen Sie schon mal eine Reise nach Paris zum Weltklimagipfel, um der Renaissance der Atomkraft entschlossen entgegenzutreten. Wir werden rechtzeitig aufrufen.

Bei den vielen Tränen des Zorns und der Wut, bleibt auch Zeit für Trauer: So sing doch, Vogel, sing, dass Gorleben lebt...

Wir wünschen einen lebendigen Sommer.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Falko Berkemeier (fb), Angelika Blank (asb), Wolfgang Ehmke (we), Marianne Fritzen (mf), Torben Klages (tk)
Gestaltung: Andrea Hagen



Druck: dieUmwelt Druckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5000, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White
Weitere Infos, Leserbrief und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Zwischenlagerung Der Lack ist ab

Atommüllfässer mit schwach- und mittelaktiven Abfällen wie am Atomkraftwerk Brunsbüttel haben die Entsorgungskommission (ESK) dazu bewogen, die Bundesländer zu befragen, wie die Kontrollen in den Zwischenlagern aussehen. Der Vorsitzende der ESK, Michael Sailer fasst das Ergebnis zusammen: „Bei der Zwischenlagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle in den Kernkraftwerken wie auch an anderen Stellen ist bisher der Korrosionsproblematik zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die durch die ESK-Leitlinien seit mehreren Jahren vorgeschriebenen regelmäßigen visuellen Inspektionen der Abfallgebinde werden öfters nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt. Auch ist die Dokumentation der Abfälle und ihres Zustands deutlich verbesserungswürdig.“

Im Oktober 2014 hatte der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel bei einem Besuch des Fasslagers in Gorleben auch dort feuchte Stellen und abgeplatzte Farbe an einigen Atommüllfässern ausgemacht. Nun sagt die BI Lüchow-Dannenberg: „Das Problem in Gorleben ist, dass eine Kontrolle der Fässer gar nicht geht, weil sie so eng gestapelt sind, dass lediglich eine Sichtkontrolle möglich ist. Was also hat das Umweltministerium unternommen?“ (we)

Das Problem in Gorleben ist, dass eine Kontrolle der Fässer gar nicht geht, weil sie so eng gestapelt sind

PKA

BI: „Anlage kalt lassen!“

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) bringt sich in Stellung. Im Gespräch mit dem Wendland-Net räumte GNS-Sprecher Jürgen Auer ein, dass für 28 der 113 Castor-Behälter, die in Gorleben zwischengelagert werden, ein Sicherheitscheck vorzunehmen sei. Die jeweils vier Tragzapfen dieser Behälter müssten möglicherweise ausgetauscht werden, zurzeit dürften sie nicht bewegt werden.

Dafür will die GNS die umstrittene Pilot-Konditionierungslage (PKA) nutzen. Das ruft die BI Lüchow-Dannenberg auf den Plan. Sie hatte im Frühjahr einen Fragenkatalog an Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) geschickt, weil nach Ansicht von Experten die PKA völlig überflüssig ist.

Ein heißer Betrieb der Pilot-Konditionierungsanlage sei so gut wie ausgeschlossen. Das ist der Kernsatz der Antwort des Ministers. Die Hamburger Rechtsanwältin Dr. Michèle John, die für die BI initiativ wurde, um den Status der PKA zu klären, bezeichnet die Antwort des Grünen-Politikers als „sehr schlank“. Denn um die Kernfrage, ob die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen Widerruf der Genehmigung vorliegen, drücke sich das niedersächsische Umweltministerium, sekundiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Wenzel schreibt weiter: „Die (...) Durchführung von Konditionierungsarbeiten ist (...) faktisch so gut wie ausgeschlossen. Voraussetzung (...) ist (...) die Benennung eines Endlagerstandortes durch den Bund. Somit kommt allenfalls eine Inbetriebnahme im Rahmen einer Deckelreparatur in Betracht.“ Für die Reparatur eines defekten Primärdeckels bräuchte es die heiße Zelle der PKA.

Das hatte die BI aber gar nicht bestritten. Ehmke: „Wenzel redet um den heißen Brei herum.“ Es sei sehr wohl möglich, heute schon festzustellen, dass die PKA veraltet ist. Die BI fordert deshalb den Rückbau der Einrichtungen, die für die Konditionierung der hoch radioaktiven Abfälle vorgesehen sind. „Wir bleiben dran und schließen rechtliche Schritte nicht mehr aus.“ (gr)

Nuclear Energy Conference

Atomkraft in Europa am Scheideweg

Die geplante milliardenschwere Subventionierung des AKW-Neubaus von Hinkley Point C in Großbritannien wird bisher allein von der österreichischen Bundesregierung per Nichtigkeitsklage angefochten. Die „Nuclear Energy Conference 2015“, die im Mai in Linz (Österreich) stattfand, richtete einen Appell an die deutsche Umweltministerkonferenz, sich massiv gegen die EU-Subventionen für den Bau des englischen Atomkraftwerks Hinkley Point einzusetzen. Die BI Lüchow-Dannenberg, die auf der Linzer Konferenz beteiligt war, beklagt, dass deutsche Regierungsvertreter trotz des Atomausstiegs im eigenen Land nicht opponiert hätten: „Die deutschen Umweltminister, die heute tagen, sind aufgefordert, die Bundesregierung darauf zu drängen, dass die österreichische Klage unterstützt wird.“ (we)



NaPro

Desaster wird deutlich

Das Atommüll-Desaster holt die Endlagerkommission ein. Das nationale Entsorgungsprogramm (NaPro) stand auf der Tagesordnung der Mai-Sitzung. Dort ging es um die ungelöste Endlagerung von rund 300 000 Kubikmeter Nuklearmüll aus der Asse II und aus der Urananreicherung in Gronau, einer Atomfabrik, die unbefristet und völlig entkoppelt vom beschlossenen Atomausstieg läuft. Der Zankapfel: In das geplante Endlager Schacht KONRAD kann dieser Müll nicht ohne neues Genehmigungsverfahren eingelagert werden, also käme das angeblich neu zu findende Endlager für „insbesondere hoch radioaktive Abfälle“ in Frage. Wohlweislich hatte man das

Wörtchen „insbesondere“ schon in den Gesetzestext eingefügt, um alle problematischen Nuklearabfälle zusammen mit hoch radioaktivem Müll in einer Deponie „entsorgen“ zu können.

„Das NaPro umreißt unfreiwillig das Desaster in seinem gesamten Ausmaß und macht noch einmal deutlich, wie falsch es war, keine umfassende öffentliche Atommülldebatte vor dem Start der Endlagerkommission geführt zu haben“, schreibt die BI Lüchow-Dannenberg. Blicke es bei Gorleben als Atommüllendlager, dann könnten diese Abfälle eines Tages im Salzstock eingelagert werden, ob brennbar, Gas entwickelnd, Wärme entwickelnd. Doch „eine seriöse wissenschaftliche Fundierung fehlt“, so die BI. (we)

Atommüllfond

Her mit der Kohle!

In aller Öffentlichkeit strukturieren die Energiekonzerne ihre Geschäftsbereiche neu, um sich aus der finanziellen Verantwortung für die Hinterlassenschaften der Atomenergie zu ziehen. RWE-Chef Peter Terium erklärte gar, das Geld für den Abriss der Atomkraftwerke und die Lagerung des Atommöls müsse noch erwirtschaftet werden. E.on hat bereits die Weichen gestellt, die Sparte Gas, Kohle und Atom auszusortieren.

Nun warnt sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) davor, dass die Rückstellungen der vier großen Energiekonzerne für den Atomausstieg zu niedrig sind. Die Kosten für den Abriss der Atomkraftwerke und die Atommülllagerung lägen bei 50 bis 70 Milliarden Euro. Tatsächlich haben E.on, RWE, Vattenfall und EnBW in ihren Bilanzen aber nur 38 Milliarden Euro ausgewiesen. „Etliche Studien zeigen, dass die Kosten des Rückbaus und der Endlagerung sehr viel größer sein können als die Rücklagen, die die Konzerne gebildet haben“, sagte DIW-Ener-

gieexpertin Claudia Kemfert.

Die BI Lüchow-Dannenberg warnt davor, dass sich die Politik auf die Sozialisierung der Kosten, die nach dem Atomausstieg im Jahr 2021 anfallen, einstellt.

„Die Bundesregierung hat die verdammte Pflicht, die Rückstellungsmilliarden dieser Konzerne in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen. Her mit der Kohle!“, fordert die BI.

Mit dem DIW wird die Phalanx derjenigen, die die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds fordern, immer länger, aber Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) lasse die Sache anbrennen, kritisiert die BI.

In der Regierung gibt es offenbar Überlegungen, die Zukunftskosten für die Lagerung des Atommöls teilweise zu sozialisieren. Konzerne und Staat könnten demnach je die Hälfte der Anteile der geplanten Atomstiftung halten und sich die finanzielle Verantwortung teilen, berichtete die Rheinische Post. Die Konzerne sollen ihre Rückstellungen einbringen. Inwieweit sie im Gegenzug aus der Haftung entlassen werden, ist politisch höchst umstritten. (we)

Sigmar Gabriel lässt die Sache anbrennen



Kurznachrichten Aktion und Politik

Ein Höhepunkt des aktuellen Widerstands-Jahres war die Kulturelle Landpartie (KLP), bei der wieder zehn Tage lang tausende Besucher/-innen das Wendland besuchten. Die Wurzeln der KLP liegen im Widerstand gegen Gorleben, und so ist es kein Wunder, dass die BI an vielen Orten präsent war. Vorträge an den Atomanlagen mit bis zu 150 Teilnehmer/-innen, Informationen an rund 50 Wunde.r.punkten und das hoch frequentierte Info-Zelt in Mützingen – überall haben BI-Mitglieder Wissen vermittelt. Insbesondere die Klagen der Energieversorger gegen die Endlagerkommission und die alternativen Ziele der ausstehenden Castortransporte sorgten für Sprachlosigkeit.

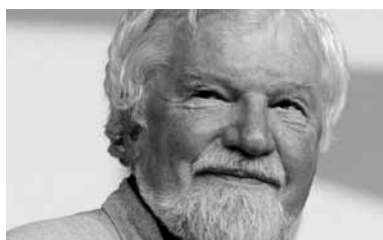
Im Mai waren die Vorstandsmitglieder Günter Hermeyer und Kerstin Rudek in Nordamerika und in den Alpen unterwegs. Während Hermeyer auf einer internationalen Konferenz in Kanada dem Start der Kampagne „Ban Uranium Mining“ beiwohnte, besuchten er und Kerstin Rudek im österreichischen Linz die europäische Tagung zur „Ökonomie der Atomkraft“. Rudek war zudem Gast der Initiative „KLAR!“ in der Schweiz. Dort berichtete sie als Vorlage für die regionale Widerstandsstruktur in der Schweiz von den Prozessen im und um den Gorleben-Widerstand.

Der zweite Höhepunkt fand am 20. Juni in Berlin statt: Während die Endlagerkommission sechs Monate vor dem Ende ihrer Arbeit eine „Auftaktveranstaltung“ für die Öffentlichkeit abhielt, luden die BI und .ausgestrahlt zur Tagung „Atommüll ohne Ende, Teil 2“ ein – ebenfalls nach Berlin. Beide knüpfen damit an den ersten Teil vom März 2014 an. (tk)



Wir trauern Walter Mossmann gestorben

„Oh sing doch, Vogel sing, dass Gorleben lebt, dass dort der Totengräber seine eigne Grube gräbt.“ Walter Mossmann, Demokrat, Liedermacher, Wyhl- und Gorleben-Aktivist, Redner, Autor, Journalist und Regisseur, ist am 29. Mai in Breisach gestorben. Er unterstützte auch den Gorleben-



Protest und prägte die polit-kulturelle Debatte während der Platzbesetzung der Tiefbohrstelle 1004 vor 35 Jahren, besser bekannt als das Hüttendorf der „Republik Freies Wendland“. Dort komponierte er mit dem „Lied vom Lebensvogel“ eine Hymne der Anti-AKW-Bewegung. Immer wieder kehrte Mossmann ins Wendland zurück. Er war einer der wichtigen Schreiber und Texter der damaligen Anti-Atom-Bewegung, nicht nur in Wyhl und Gorleben. Mossmann war ein „Meister der Wortes“. Er war ein kritischer Demokrat und undogmatischer Linker, dem alle „Ismen“ und insbesondere der Antisemitismus zutiefst zuwider waren. Die Umweltbewegung und die sozialen Bewegungen haben einen angenehm-unbequemen Freund und Mitstreiter verloren. (gr)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de

Kommis- sion will Gorleben im Spiel halten

Veränderungssperre Fauler Kompromiss

Der Bundesrat hat beschlossen, die zuletzt umstrittene Veränderungssperre für das Bergwerk Gorleben schon Ende März 2017 außer Kraft treten zu lassen. Und auch diese Frist gilt nur, wenn der Salzstock nicht bereits vorher aus dem Standortauswahlverfahren ausgeschlossen wird. Die von der Bundesregierung ursprünglich geplante Verlängerung der Mitte August auslaufenden Veränderungssperre um zehn Jahre ist damit vom Tisch. Die Sperre zielt darauf ab, den Salzstock gegen mögliche Veränderungen zu sichern, die eine spätere Standorterkundung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle erschweren oder unmöglich machen würden. Die Vorlage geht nun an die Bundesregierung zurück, die entscheiden muss, ob sie die Verordnung in der vorgegebenen Form in Kraft setzt. In einer begleitenden Entschließung bittet der Bundesrat die Bundes-

regierung zudem, spätestens bis zum 31. März 2017 eine gesetzliche Regelung zu erarbeiten, die eine frühzeitige Sicherung auch anderer potenzieller Endlagertandorte ermöglicht. „Niedersachsen hatte den vollständigen Verzicht auf eine Veränderungssperre gefordert“ so der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne), „sieht aber in der nun getroffenen Entscheidung einen konstruktiven Kompromiss, weil gleichzeitig mit der Befristung eine gesetzliche Regelung für alle potenziell geeigneten Standortregionen erarbeitet wird.“ Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg teilt diese Einschätzung nicht: „Mehrheitlich hat der Bundesrat damit der Privilegierung Gorlebens bei der Endlagersuche zugestimmt“, kommentiert Sprecher Wolfgang Ehmke den Beschluss. „Die Befristung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gorleben der Favorit bei der angeblich neuen Endlagersuche ist.“ (gr)

Zwischenbilanz I Kein gutes Ergebnis

Die BI Lüchow-Dannenberg reagiert mit Verwunderung auf die positive Halbzeitbilanz der beiden Vorsitzenden der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages, Ursula Heinen-Esser und Michael Müller. Bei einer Sitzung des Umweltausschusses im Mai erklärten beide, der Bericht der Kommission über die sichere Verwahrung hochradioaktiver Abfälle solle wie geplant bis zum Sommer 2016 abgeschlossen werden. Die BI konstatiert jedoch, die Kommission habe fast ein Jahr gebraucht, um die Aufgabengebiete zu bestimmen und sei stark mit sich selbst beschäftigt gewesen. Gravierend sei zudem, dass die Energiekonzerne Länder und Bund mit einer Klagewelle überziehen, unter anderem um sich den Atomausstieg versilbern zu lassen und das Zwischenlager Gorleben weiter für die Einlage-

rung von WAA-Abfällen nutzen zu können. „Zugleich sitzen aber Konzernvertreter in der Kommission“, so die BI. Eine angekündigte schnelle Evaluation des Standortauswahlgesetzes, mit der die berechtigte Kritik an den Webfehlern des Gesetzes ausgemerzt und so der Weg für eine demokratische Beteiligungskultur hätte frei gemacht werden können, sei dagegen in der Versenkung verschwunden. „Wenn nun“, so ein BI-Sprecher, „Michael Müller das konstruktive Arbeitsklima zwischen den Vertretern der Kommission lobt und hervorhebt, dass man mit der Arbeit der Endlagerkommission einen ‚politischen Streit von der Straße zurück in die Politik‘ geholt hat, dann wird deutlich, was der eigentlich Zweck der Veranstaltung ist: Wir sollten ruhig gestellt werden! Aber das nehmen wir als Ansporn für uns, weiterhin auf die Straße zu gehen!“ (we)

Nießbrauchrechte Noch ein Knebel

Die BI Lüchow-Dannenberg weist auf die Problematik um die Nießbrauchverträge zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und Landwirten im Raum Gorleben hin. Diese Verträge erlauben der Bundesbehörde, das eigentlich den Grundeigentümern zustehende Nutzungsrecht an den unterirdischen Vorkommen für einen bestimmten Zeitraum zu übernehmen. „Sie privilegieren Gorleben als mögliches Atommüllendlager“, so die Meinung der BI. Die Nießbrauchverträge laufen zum 31. Dezember aus. Rund 100 an der Zahl soll es davon geben. Die Umweltinitiative sieht nach dem Ende der Erkundung des Salzstocks Gorleben für diese Verträge keine Rechtsgrundlage mehr: „Diese Verträge sind nichts anderes als Knebel, um Gorleben zu privilegieren.“ Für die Überlassung des Nießbrauchs an das BfS

erhielten Landwirte eine D-Mark je Quadratmeter Land über dem Gorlebener Salzstock. Allerdings hatten die Eigentümer in den Verträgen jede weitergehende Folge als die der Erkundung ausgeschlossen. In dem Vertragstext heißt es ausdrücklich: „Nicht gestattet ist das Auffahren einer zweiten Erkundungssohle, die wirtschaftliche Verwertung des Salzes, die Errichtung eines Endlagers und die Einlagerung von radioaktiven Stoffen.“ Mit diesen Formulierungen sollten auch Landwirte ins Boot geholt werden, die ein Atommüllendlager in Gorleben ablehnten. Sollten die Erkundungsarbeiten vor Ablauf der Verträge abgeschlossen werden, endet auch der Nießbrauch. „Das“, so die Meinung der BI, „ist nach dem Standortauswahlgesetz jetzt der Fall.“ (we)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de

Zwischenbilanz II Klägliches Bestreben

Eine Halbzeitbilanz der Endlagerkommission legte auch der BUND vor. Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen hatten die Mitarbeit in der Kommission abgelehnt, weil sie eine umfassende Atommülldebatte und die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit als Voraussetzung zu einem Neustart in der Endlager-suche gesehen hatten. Dass Gorleben weiter im Suchverfahren bleibt und im Standortauswahlgesetz (StandAG) als potenzielles Atommüll-Endlager festgeschrieben wurde, war ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt. Der BUND hatte sich über diese Einwände hinweg gesetzt und Klaus Brunsmeier in die Kommission entsandt, legitimiert durch einen Vereinsbeschluss. Seitdem, so Brunsmeier, arbeite der BUND „für ein besseres Suchverfahren mit echter Bürgerbeteiligung und ohne eine Bevorzugung von Gorleben.“ An anderer Stelle heißt es: „Wir arbeiten daran, nachteilige

Entscheidungen bezüglich des Salzstocks Gorleben zu verhindern.“

Die BI Lüchow-Dannenberg konstatiert hingegen, dass der BUND sich von seinen Vorsätzen weit entfernt hat. Versprochen hatte Brunsmeier auf einer Veranstaltung in Lüchow, sich für eine schnelle Evaluation des Stand-AG einzusetzen, um den ungeeigneten Salzstock Gorleben als Endlagerstandort zu streichen und damit den Weg frei zu machen für einen tatsächlichen Neustart der Endlagersuche. „Geblichen ist das klägliche Bestreben, für Gorleben eine Gleichbehandlung mit anderen potenziellen Standorten zu erreichen“, hält die BI dem BUND vor. Von einer schnellen Evaluation könne zur Halbzeit der Kommissionsarbeit nicht mehr die Rede sein: „Diese Bilanz dient allein der Rechtfertigung, warum der BUND in diesem Gremium verweilt.“ (we)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de



WAA-Castoren Lösung in Sicht

Auf vier Länder will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die 26 Castorbehälter aus La Hague und Sellafield verteilen. Neben Hessen (Biblis), Baden-Württemberg (Philippsburg) und Schleswig-Holstein (Brokdorf) ist nun auch Bayern (AKW Isar) dabei. Zwei Jahre hat es bis zu dieser Regelung gedauert, ein schlechtes Omen für die Bereitschaft der Bundesländer, auch die Suche nach einem Endlager zuzulassen, wertet die BI Lüchow-Dannenberg das Resultat. „Die Drohung Bayerns, die Energiewende wegen einiger Castoren kippen zu lassen, ist peinlich. Doch es geht in erster Linie nicht um den Verzicht auf die Castortransporte. Es geht um die Frage, warum der ungeeignete Salzstock Gorleben als Endlager im Rennen bleibt. Wir werden uns an Protesten an anderen Orten beteiligen, denn die Atommüllprobleme werden nur verschoben“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Die Zusage der Konzerne, ihre Klage zurückzuziehen, mit der der Weg nach Gorleben frei gemacht werden sollte, reicht der BI ebenfalls nicht. „Die Energiekonzerne müssen alle Klagen gegen den Atomausstieg zurückziehen.“ (gr)

Die
Drohung
Bayerns,
die Ener-
giewende
kippen zu
lassen, ist
peinlich

NaPro Papier-Tiger

Das Bundeskabinett hat Ende Mai den Entwurf einer Änderung des Atomgesetzes auf den Weg gebracht. Im Kern geht es um die Verpflichtung zur Erstellung eines Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro).

Die BI Lüchow-Dannenberg hatte dazu bereits im April eine Stellungnahme abgegeben. Für die Gorleben-Gegner besteht die behauptete „nationale Strategie für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ lediglich auf dem Papier. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Zwischenlager werden zu Dauerlagern, und als Reserve für alle Fälle wird das Bergwerk Gorleben offen gehalten, um dort alle Problemabfälle, die nicht „konradspezifisch“ sind, zusammen mit hochaktivem Müll zu verbuddeln.“ Verantwortungsvoll wäre es dagegen aus Sicht der BI, als ersten Schritt die Produktion weiteren Atommülls zu beenden und eine nationale Debatte über das Atommüllde-saster zu eröffnen.

In der Region um das geplante Endlager Schacht KONRAD für schwach- und mittelaktive Abfäll-



**Klamm-
heimlich an
der Öffent-
lichkeit
vorbei**

le hat der Entwurf des NaPro die Menschen ganz besonders aufgerüttelt. Klammheimlich sollte eigentlich die Auslegung des Nationalen Atommüll-Programmes an der Öffentlichkeit vorbeigehen. Dass diese sich jetzt jedoch breit beteiligt, liegt vor allem an der Offenbarung, in das umstrittene Atommüll-Lager viel mehr und ganz anderen Müll einlagern zu wollen. In einem bundesweit einzigartigen Bündnis haben die Stadt Salzgitter, IG Metall, Landvolk und Arbeits-

gemeinschaft unter dem Motto „KONRAD stoppen statt erweitern“ mehrere zehntausend Unterschriften und Stellungnahmen gesammelt und dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, übergeben. „Die Endlager-Kommission des Bundestages kann reden was sie will, die Bundesregierung schafft einfach Fakten und versucht die Probleme wegzudefinieren“, erklärt Peter Dickel für die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD. (gr)

Datenschutz BI: „Weg mit den Daten“

Wer für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) eine Versammlung anmeldet, muss damit rechnen, dass persönliche Daten auf lange Zeit polizeilich gespeichert werden. Das ergab eine Anfrage der Rechtsanwältin Ulrike Donat bei der Polizeidirektion Lüneburg. Das hartnäckige Bemühen der Anwältin, diese Daten löschen oder anonymisieren zu lassen, war letztlich erfolgreich. Noch bis Ende März bestand die Lüneburger Polizeidirektion darauf, die Daten von drei Anmeldern von Kundgebungen der Jahre 2007 bis 2012 zu speichern, zum Teil bis ins Jahr 2020.

Darunter waren Kundgebungen beim letzten Castor-Transport im Jahr 2011 und auch die beiden Trecks aus dem Wendland zum



Atomkraftwerk Krümmel. In der Datei heißt es: „Tatzeit 21.4.2014“. Gar ein Gruppenfoto der BI-Vorstandsmitglieder aus 35 Vereinsjahren vor dem Tor des Erkundungsbergwerks war suspekt und in die Anmelderdei wurde eingetragen: „Tatzeit 26.02.2012“. Die Polizeidirektion Lüneburg konstatiert zwar in der Mehrzahl der 13 Fälle, dass die Veranstaltungen friedlich verlaufen seien. Dennoch beharrte die Behörde zunächst darauf, die personenbe-

zogenen Daten nicht zu löschen: „Im Auswertesystem polizeilichen Staatsschutzes (APS) werden Sachverhalten gespeichert, soweit dies aus staatsschutzpolizeilichen Gründen notwendig ist. Die Speicherung dient dem Zweck des Vorgangsnachweises, der Auswertung und Zuordnung.“ Die Daten wurden nach Aussagen der Polizeidirektion an das Landeskriminalamt Niedersachsen, die Polizeidirektion Lüneburg und den Verfassungsschutz übermittelt.

Insgesamt, so die BI, seien diese Vorgänge „vordemokratisch“. Wer sich engagiere, sogar eine Versammlung ordnungsgerecht anmelde und damit ein Grundrecht in Anspruch nähme, sei immer noch suspekt: „Für die Polizei ist das eine Tat. Mit einem demokratischen Grundverständnis hat das wenig zu tun.“ (we)

Gorleben oder Gorleben, das ist hier die Frage!

Endlagersuche Die Endlagerkommission geht unbelehrbar, Entschuldigung: unbeirrbar ihren Weg. Planlos. Ziellos. Sinnlos. Das jedenfalls glaubt derjenige zu erkennen, der wie kein zweiter den Berliner Bemühungen folgt: Unser rasender Reporter, der K.

Richtig: Die Endlagerkommission wurde eingesetzt, um nur ja nicht die Shakespeare'sche Existenzfrage beantworten zu müssen, aber die Dramaturgie des Drehbuchs verlangt trotzdem danach.

Dieses Drehbuch – anderenorts auch Standortauswahlgesetz genannt, einst geschmiedet durch einen Vier-Parteien-Konsens und den Wendländer/-innen überbracht durch den Schicksalsberg Peter Altmaier – sieht vor, dass der Salzstock in Gorleben geeignet sein könnte für ein Lager voll Wärme entwickelnden Mülls. Halt so, wie viele andere Orte in Deutschland auch, die man aber noch nicht kennt, denn es gibt ja noch keine Kriterien für diese Orte, demnach auch nicht für Gorleben, aber Gorleben darf auch nicht nicht existieren, und deshalb muss Gorleben juristisch fixiert werden ohne Gorleben in der Wahrnehmung juristisch fixiert zu haben! Ist doch alles gar nicht so schwer. Was folgt, ist nicht etwa die Erkenntnis, dass die Quadratur auch dieses Kreises nicht möglich ist! Nein, die Mitglieder der Kom-

mission beginnen eine faszinierende Debatte darüber, ob das Rechtsmittel einer Veränderungssperre oder das eines Bergrechts in veränderter Form diese juristische Festschreibung liefern sollte. Die berlinische Frechheit nimmt ihren Lauf, als allen Ernstes versucht wird, die Festschreibung über das Bergrecht als eine weichere Form der Durchsetzung darzustellen, ja vielmehr noch die Suggestion, dass damit eine Art Offenheit gewährleistet wäre, obgleich der bundesrepublikanischen Menschheit noch im selben Atemzug erklärt wird, dass es völlig egal sei, welcher Weg genommen werde, da das Ziel sowieso unverrückbar feststehe.

Einzig die anwesenden Herren des Bundesumweltministeriums holen die Kommissionsmitglieder wieder aus der Matrix zurück und stellen die rhetorische Frage: „Glauben Sie, die Menschen in Lüchow-Dannenberg würden nicht merken, dass beide Wege zum gleichen Ziel führen?“ Offenbar wird: Ja, das glauben sie. Nebenbei sei erwähnt, dass der Bundestag

Die berlinische Frechheit nimmt ihren Lauf

bereits einer Verlängerung der Veränderungssperre um zwei Jahre zugestimmt hat. Die Bestätigung durch den Bundesrat gilt als Formsache.

Da drängt sich den Zuschauern die Frage auf, ob diese Kommission überhaupt vom Parlament ernst genommen wird? Bequemerweise gibt die folgende Sitzung gleich eine Antwort auf diese Frage. Sie lautet nicht ganz unerwartet: Nein! Die Kommission bediente sich nämlich des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Dieser steht den Bundestagsmitgliedern beratend zur Seite und hilft auch bei kniffligsten Fragen, zum Beispiel über, sagen wir, Veränderungssperren.

Problem ist nur, dass der wissenschaftliche Dienst eben nur den Bundestagsmitgliedern zur Verfügung steht und damit das Ergebnis der Beratung nicht öffentlich gemacht werden darf. Da nützt auch die Initiative vom dunkelgrünen Robert Habeck aus Kiel nichts, der einfach das vorliegende Ergebnis in einer Guerrilla-Copying-Aktion nach feinsten Sponti-Mannier allen Kommissionsmitgliedern zugänglich machen will.

Andreas Jung, vielen bisher nur bekannt als mutmaßliches Hologramm aus den hinteren Reihen der CDU, liefert mit vielen Worten zwar keine Begründung, warum nicht alle Kommissionsmitglieder Einsicht bekommen, erstickt dafür aber nebenbei die Sponti-Bewegung im Raum.

Der hochrote Vorsitzende Michael Müller hält diesen Vorfall für einen Skandal, ist im Übrigen aber handlungsunfähig, da er dem Bundestag nicht angehört. Immerhin hat er sich den Zusatz „ich putz' hier nur“ verkneifen. Ein Erfolg! Zum Schluss kommt, was selten zu lesen ist in diesem Blatt: Wir bedanken uns bei den Herren aus dem Bundesumweltministerium und bestätigen: „Wir haben's gemerkt!“

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de





Weißer Blusen neben Wendland-Pullis

Bürgerbeteiligung Monatelang wurde über eine Öffentlichkeitsbeteiligung höchstens theoretisch diskutiert. Sechs Monate vor dem Ende ihrer Arbeit hat die Endlagerkommission eine „Bürger-Dialog“ genannte „Auftaktveranstaltung“ organisiert. Zeitgleich luden .ausgestrahlt und die BI Lüchow-Dannenberg ebenfalls nach Berlin zur Tagung „Atommüll ohne Ende“. Eine Gruppe Lüchower Schüler/-innen besuchte beide Veranstaltungen. Von Jochen Stay, Wolfgang Ehmke und Andreas Conradt

Kaum etwas fürchten Politiker/-innen so sehr wie das kreative Durcheinander, den Kontrollverlust, das Chaos. Dagegen entwerfen sie Verordnungen und Gesetze, beharren auf Redezeiten und Diskussionsregeln, beschäftigen Politikberater und Meinungsforscher und schaffen so Distanz zu Bürgerinnen und Bürgern. Mögen die nur ja nicht in die Arbeit der Politik hineinregieren.

Kaum etwas lieben Bürgerinitiativen so sehr wie das kreative Durcheinander, den Kontrollverlust, das Chaos. Davon versprechen sie sich Bewegung im Denken, frischen Wind in der Gesellschaft, bessere Ideen für die Lösung von Problemen. Mit ihrem Mut zum Neuen sind sie Politikerinnen und Politikern häufig um Längen voraus. Ließen dies sich nur endlich in ihre Arbeit hineinregieren.

Nach 35 Jahren (!) kreativen Durcheinanders im Wendland sah es zunächst so aus, als habe sich die Politik in der Frage um den Standort für ein Atommülllager ein bisschen bewegt: Im November 2011 wurde der Neustart in der Atommüll-Politik verkündet. Das ist allerdings fast vier Jahre her, und schon die grundlegenden Schritte bei der Umsetzung dieses „Neustarts“ machten deutlich, wie sehr die Politik in ihrem etablierten System gefangen ist.

Statt zuallererst das Gespräch mit denjenigen zu suchen, die seit Jahrzehnten den verantwortungsvollen Umgang mit der strahlenden Hinterlassenschaft einfordern, statt also den Dialog mit Bürger/-innen und der Anti-Atom-Bewegung an den Anfang des propagierten „Neustarts in der Atommüll-Politik“ zu stellen und ihn zur Entwicklung eines Verfahrens zu nutzen, wurde in Hinterzimmern und quasi über Nacht ein Standortauswahlgesetz geschaffen, das durch eine zahnlose Kommission nur noch evaluiert,

also „sach- und fachgerecht beurteilt“ werden darf. Selbst Hinweise auf gefundene Mängel im Gesetz müssen von der Bundesregierung nicht geheilt werden, frische Ideen können, müssen aber nicht ins Gesetz aufgenommen werden, ein Vetorecht der Kommission gibt es nicht. Sie ist damit zur reinen Begleit-Show degradiert worden.

Was aber, so fragt zum Beispiel die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, soll ein von eben dieser Kommission organisierter Bürger-Dialog bewirken, wenn die selbst Zahnlose ihrerseits nicht willens ist, die Bevölkerung wirklich mit einzubeziehen. Denn auch die eigentlich öffentlich tagende Atommüll-Kommission hat sich mit den so genannten Arbeitsgruppen inzwischen intransparente Kugeln geschaffen, die bereits am Abschlussbericht arbeiten, während das einzig Wichtige, nämlich die Bürgerbeteiligung, erst sechs Monate vor dem Ende der Kommission begonnen und damit faktisch simuliert wird.

So ist schon kurios, was sich am 21. April in der Arbeitsgruppe (AG) 1 der Atommüll-Kommission abspielt. Sie soll klären, wie die Öffentlichkeit an der Suche nach einem Atommülllager beteiligt werden könnte. Verzweifelt überlegen die AG-Mitglieder, wie sich überhaupt jemand dafür gewinnen lasse, an der sogenannten „Auftaktveranstaltung“ für die Beteiligung der Bürger/-innen am 20. Juni in Berlin-Kreuzberg teilzunehmen. Der Versuch, die Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen für eine Mitarbeit zu begeistern, war schon vor einem Jahr an deren Kritik an der Umsetzung des propagierten Neustarts gescheitert. Auch eine Einbindung von Mitgliedern des Kreistages aus Lüchow-Dannenberg schlug fehl: Die Lokalpolitiker/-innen wollten mehrheitlich nicht dazu missbraucht werden, an einem Verfah-



**Die Politik
ist in ihrem
etablierten
System
gefangen**

ren mitzuwirken, das mutmaßlich nur der nachträglichen Legitimierung des Standorts Gorleben dienen soll.

Da ist Phantasie gefragt in der AG1: RWE-Vertreter Gerd Jäger denkt laut darüber nach, ob es finanzielle Anreize brauche, damit jemand komme. E.ON-Aufsichtsrat Erhard Ott schlägt vor, möglichst viele Mitarbeiter/-innen der Energiewirtschaft einzuladen. Die mit der Organisation der Veranstaltung beauftragte Firma „Prognos“ verkündet stolz, sie habe schon Kontakt zur Deutschen Sportjugend aufgenommen, damit die vielleicht jemanden schicke. Mit den Sportler/-innen hat's dann nicht geklappt, aber Schüler/-innen eines Gymnasiums in Lüchow erklären schließlich ihre Bereitschaft, am so genannten Bürger-Dialog teilzunehmen.

Grünen-Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl erklärt vorsichtshalber, man solle die Zahl der Teilnehmer/-innen doch erst gar nicht zum Erfolgskriterium machen. Doch da hat sie die Rechnung ohne die PR-Abteilung der Kommission gemacht: Schon vor Beginn der Veranstaltung liegt für Medienvertreter die Pressemitteilung parat, in der von „über 200 Teilnehmer/-innen“ am „ganztägigen Dialog“ gesprochen wird. Dass von dieser Zahl rund 120 Personen abgezogen werden



Ulrike Donat



Hartmut Gassner



müssen, sagt die Mitteilung nicht: Pressevertreter/-innen, Kommissionsmitglieder und ihre Mitarbeiter/-innen, „Spione“ aus den Lagern der Energiewirtschaft und den Umweltgruppen, letztlich sogar die Lüchower Schülergruppe, die im Rahmen des Politik-Unterrichts „dienstverpflichtet“ ist. Aus freien Stücken sind also gerade mal 80 Personen ins Tagungswerk der Jerusalemkirche gekommen – ein Einmillionstel der deutschen Bevölkerung.

Empfangen werden sie durch Aktivist/-innen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) und der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. Mit einem eigens aus dem Wendland angereisten Trecker und einem viele Quadratmeter großen Plakat wird den Teilnehmer/-innen die Absurdität des Bürger-Dialogs verdeutlicht. Ausgerechnet in West-Berlin wird in

abgewandelter Form ein Anspruch des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, zitiert: „Niemand hat die Absicht, in Gorleben ein Endlager zu errichten“.

Darauf hoffen die rund dreißig Schüler/-innen aus dem Wendland, auch wenn Hartmut Gassner, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Umweltrecht und als Kommissionsmitglied Vorsitzender der AG Öffentlichkeitsbeteiligung, noch in der Begrüßungsrede klar macht: „Knurren ist okay. Immer wieder mahnen ist völlig okay. Aber die Kommission stellt sich jetzt erst einmal der Herausforderung, zu belegen, dass es eine weiße Landkarte gibt – ohne aber Gorleben von vornherein auszuschließen.“

Richtig los geht's in Kreuzberg mit der Arbeit in Fokusgruppen und dem so genannten World-Café, in denen in Kleingruppen Gedanken zu essenziellen Fragen der Standortsuche formuliert werden. Da sitzen honorige Ministerialdirektoren neben schlacksigen Gymnasiasten und weiße Blusen neben Wendland-Hoodys. So könnte es aussehen bei einem echten Bürger-Dialog, aber „ich habe das Gefühl“, sagt Anna Kofahl, Gymnasiastin aus dem Wendland, „dass kritische Fragen nicht beantwortet und Wortmeldungen überhaupt nur dazu genutzt werden, immer wieder aufs eigene Thema zu kommen. Es wird nie direkt aufeinander geantwortet, sondern es geht ständig von ‚Ich will sagen‘ zu ‚Ich will sagen‘“. Und ihr Mitschüler Silas Meyerergänzt: „Das Sammeln von Fragen an die Kommissionsmitglieder und das gebündelte Beantworten führen dazu, dass kritische Fragen geschickt ausgeblendet werden. Eine lebhafte Diskussion entwickelt sich gar nicht erst.“ Auch Lars Drengemann ist enttäuscht von seiner Fokusgruppe: „Bei uns geht's um die Öffentlichkeitsbeteiligung, und der einzige, der redet, ist der Vertreter der Firma ‚Prognos‘, die diesen Dialog organisiert.“

Tatsächlich mutet das Aufeinandertreffen von „Kommunikationsprofis“ und normalen Bürger/-innen bisweilen hilflos an. Während

die einen Gedanken und Statements sofort auf bunten Karten notieren und an die allgegenwärtigen Flipcharts heften möchten, wollen die anderen zunächst frei denken, Ideen zur Diskussion stellen, auch mal „spinnen“ dürfen. Hier zeigt sich im Kleinen, was eingangs schon fürs Große beschrieben wurde: Regeln und Gesetze gegen Kreativität und ein gewisses Maß an Chaos.

Kritisiert wird von den Lüchower Schüler/-innen aber auch der Zeitpunkt, zu dem die Bürgerbeteiligung beginnt: „Das ist in der Tat ein bisschen spät. Sie hätte eigentlich früher kommen sollen“, sagt Dominik Schumann. Er findet den Ansatz einer Bürgerbeteiligung grundsätzlich gut, aber „ob's jetzt was bringen wird, muss man sehen.“

Eigentlich ist man sich in der Kommission der Bedeutung der Mitarbeit gerade auch der Anti-Atom-Bewegung durchaus bewusst: „Diejenigen, die sich sehr stark gegen die Atomkraft ausgesprochen haben, sind momentan die, die sich ziemlich verantwortlich für die Hinterlassenschaften fühlen“, sagt Hartmut Gassner. In der Tat: Zahlreiche der in Initiativen und Umweltverbänden organisierten Atomkraftgegner/-innen wollen mitreden, wie dieses Land weiter mit seinem Atommüll umgeht. Sie weigern sich aber, dies unter den einseitigen Spielregeln der Kommission zu tun, die eben keine echte Beteiligung auch an Entscheidungen ermöglichen.

Die werden natürlich auch bei der alternativen Tagung „Atommüll ohne Ende“ im Tagungszentrum Pfefferberg im Berliner Prenzlauer Berg nicht gefällt. Doch bei der von BI und .ausgestrahlt organisierten Veranstaltung kommt mit Reinhard Ueberhorst ein Mann zu Wort, der seit Jahren eine demokratische Atommüllpolitik fordert und das jetzige Verfahren als „Zustimmungsmanagement und simulierte gesellschaftliche Verständigung“ bezeichnet.

Der wissenschaftliche Berater und Autor spricht aus, was alle im Raum sich vor der Verabschiedung eines Gesetzes und der Einsetzung einer Kommission ge-



wünscht hätten. So poltert Ueberhorst, formal-demokratische Prozesse wie das Standortauswahlgesetz und die Einrichtung der Endlagerkommission reichten angesichts der Tragweite des Themas, wie die Gesellschaft mit dem Atommüll umgehen will, nicht aus. „Es bedarf anderer Methoden, einer Weiterentwicklung der Demokratie.“ Eine mehrjährige Willensbildung und aufgeklärte Diskussion aller gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen müsse der Partizipation vorausgehen.

Die Basis für eine demokratische Atommüllpolitik sei mit dem jetzigen Verfahren zerstört worden. Die Chance, den Weg für eine demokratische Willensbildung frei zu machen, habe die Kommission verspielt. Die anfänglichen Bekundungen, das schlechte Gesetz zu evaluieren, wurden aufgegeben. „Das Gesetz bekam Macht über die Kommission, es wird nur noch der Arbeitsauftrag abgearbeitet, und damit ist jedes Vertrauen weggebrochen.“ Gleichzeitig aber gebe sich die Kommission den Anstrich, offen zu sein und befasse sich mit Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Dabei werde ein unglaublicher Budenzauber veranstaltet, der Staubsauger-Effekte haben soll: Die Kritikerinnen und Kritiker sollen vereinnahmt, eingebunden und befriedet werden.

In der Arbeitsgruppe „Endlagerkriterien“ werde die Entscheidung vorbereitet, die Akteure hätten sich längst auf die Einrichtung eines tiefeingeologischen Endlagers festgelegt. Ein Abrücken, ein Umschwenken, ein Rücksprung, dessen Möglichkeit immer behauptet wird, werde gar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. „Die Entscheidung ist längst getroffen: Es wird auf ein Bergwerk und aller Voraussicht nach auf Salz hinauslaufen.“

Wenn es wirklich so kommen sollte, wie Reinhard Ueberhorst prophezeit, dann wird das Wendland wieder schwere Proteste erleben. Dann wiederholt sich wohl, worauf die Hamburger Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat in ihrem Vortrag hinweist: „Als Antwort auf unsere Fragen rund



um Gorleben hat der Staat immer Polizisten geschickt!“

Mitten in Donats Vortrag platzt plötzlich eine sichtlich genervte Gruppe der Lüchower Schüler/-innen. Mit baumelnden Beinen sitzen die Gymnasiast/-innen zum Abschluss der Tagung am Bühnenrand und berichten: „Beim Bürger-Dialog der Kommission war die interessierte Öffentlichkeit kaum vertreten. Da waren fast nur Offizielle!“ lauten das Fazit und auch der Grund fürs Übersiedeln von Kreuzberg nach Prenzlauer Berg. „Kritischen Fragen wurde geschickt ausgewichen, wir Jugendliche permanent an die Wand geredet.“

Anna Kofahl beklagt auch die ihrer Meinung nach bewusst eingesetzte Fachsprache: „In den zehn Minuten, seit wir hier sind, habe ich mehr verstanden und gelernt als in den anderthalb Stunden, die wir im Bürger-Dialog miteinander gesprochen haben. Für mich war kein Stück verständlich worüber dort geredet wurde.“

Oberstufenschüler Lars Drengemann bringt es schließlich auf den Punkt: „Die Diskussionsrunden waren der größte Witz an sich! Das eigentliche Ergebnis sind die Filmaufnahmen, die permanent von den Diskussionsrunden gemacht wurden. Es geht darum, uns zu instrumentalisieren.“

**Kritischen
Fragen
wurde
geschickt
ausge-
wichen**



**Reinhard
Ueberhorst**





Willkommen am wunden Punkt

Widerstand Die „Kulturelle Landpartie“ ist zu ihren Wurzeln zurückgekehrt. Am Freitag vor Pfingsten fand im Rahmen der KLP die „Kulturelle Widerstands-Party“ an den Atomanlagen in Gorleben statt. Anja Meyer und Andreas Conradt haben mitgefeiert.



„Endlich! Darauf haben wir gewartet.“ Bernd (51) aus Hildesheim ist Wiederholungstäter: Als er im vergangenen Jahr zum ersten Mal die Kulturelle Landpartie (KLP) besuchte, hatte er eine Aktion in Gorleben noch vermisst. Denn: „Auch politische Forderungen sollten bei der KLP im Vordergrund stehen!“ Mit seiner Meinung war Bernd am Pfingstfreitag nicht allein: Ob wendländische Aktivisten oder KLP-Urlauber – alle äußerten sich begeistert zur neuen, alten Widerstands-Veranstaltung.

Neu, weil zum ersten Mal eine zentrale Veranstaltung der ansonsten dezentral organisierten Kulturellen Landpartie in Gorleben stattfand; alt, weil das Ursprungsthema der KLP nun mal der Widerstand rund um Gorleben ist. Doch ein Vierteljahrhundert ist auch an der KLP nicht spurlos vorbei gegangen. Sie wurde kommerzieller und damit der politische Ursprung immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Viele Ausstellungspunkte behielten zwar einen politischen Kern, und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) war in jedem Jahr mit Infoständen und kleineren Aktionen präsent. In diesem Jahr aber sollte eine neue Dimension geschaffen werden. Die daraus geborene Widerstands-Party am 22. Mai wurde zum grandiosen Erfolg: Sie erwies sich als Magnet und mutierte zur größten Anti-Atom-Kundgebung im Wendland seit dem letzten Castor-Transport im Jahr 2011.

Zwischen 5000 und 8000 Menschen versammelten sich zum Auftakt des langen Pfingstwochenendes vor den Toren des so genannten Erkundungsbergwerks, viele KLP-Punkte wurden kurzerhand dorthin umgesiedelt. Das bunte Treiben zwischen Kunst, Politik, Musik und Unterhaltung fand für einen Tag konzentriert am wundesten aller Wundepunkte statt: den Atomanlagen in Gorleben.

Die Dannenberger Bürgermeisterin Elke Mundhenk (Grüne) freute sich dann auch über die rege Teilnahme, denn aus Ihrer Sicht herrscht in der breiten Öffentlichkeit der Glaube, der Atomausstieg sei schon vollzogen. Sie befürcht-

tet außerdem, die Endlagersuche laufe auf Gorleben hinaus und erinnerte im Gespräch mit der Gorleben Rundschau an die vor Ort bereits geschaffenen Fakten.

Das tat regelmäßig auch die Bäumliche Notgemeinschaft: Sie lud zur Umrundung des Zwischenlagers auf Trecker und Wagen und informierte „im Vorbeifahren“ viele hundert Menschen über den derzeitigen Stand der Endlagersuche und die weiter bestehende Fokussierung auf Gorleben. Während vorne ein gewaltiger Traktor brummte, genossen Ursula (68) und Joachim (65) aus Erdingen in Bayern die Fahrt auf dem windschiefen Anhänger. Sie waren weit gereist, um sich die KLP anzuschauen und in Gorleben dabei zu sein. Politisch sind sie schon seit Jahrzehnten aktiv. Nach wie vor sei es wichtig, auf die Straße zu gehen, auch wenn das Gefühl, wenig bewirken zu können, bei den beiden wächst: „Mit Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun“, schimpfte Joachim, empört darüber, dass den Gorleben-Gegnern mit Beschluss des Standortauswahlgesetzes sogar das Klage-recht genommen wurde. Auch die Art der Endlagersuche sei absolut nicht in Ordnung: „So werden die Menschen beruhigt: Man verspricht, dass nichts mehr nach Gorleben geht, und über die Hintertür wird's dann doch zum Endlager. Genau das Gleiche passiert mit dem Fracking. Man fühlt sich verarscht von Politik und Mächtigen.“

Das äußerte auch die BI so: „Niemand glaubt, dass in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages die Weichen auf ein Ende des Gorleben-Kapitels gestellt werden“, sagte Sprecher Wolfgang Ehmke auf einer der Kundgebungen: „Das treibt die Menschen auf die Straße.“

Aber die Widerstands-Party war mehr als trockene Information: Neben Theater, Zirkus und Kletteraktionen, sorgten Tanz und Musik für Unterhaltung und Freude – auch bei Stephan (39) aus dem wendländischen Luckau. Er ist selbst KLP-Austeller, seinen Wundepunkt hatte er für diesen Tag geschlossen. Stephan lobte die „gesunde Mischung“ aus Kunst-



handwerk und Politik und freute sich, dass das Politische so vielfältig war: Neben der Atompolitik gab es beispielsweise auch den „Fluchtpunkt“, an dem über Migranten ins Wendland informiert wurde.

Doch der Fokus lag natürlich bei Gorleben – selbst für Einheimische: „Obwohl uns die Thematik als Lüchow-Dannemberger sehr präsent ist“, sagte Margret aus Dannenberg, „waren die vielen Informationen zu Gorleben, insbesondere auch die Rückblicke auf die Anfänge, sehr eindrucksvoll.“ Am Nachmittag hatten zudem einige Hundert Besucher/-innen den



äußeren Begrenzungszaun des Endlagerbergwerks durchschnitten und abgeräumt und forderten auf Transparenten den Rückbau der Anlage. Die Besetzungsaktion dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Davon völlig unbeeindruckt, spiel-



te auf zwei Bühnen die Musik: Wendländische Originale wie „Meiselgeier“, „Muul Op“, Dervjani oder die castorerprobte „Trammer Band“, aber auch auswärtige Künstler wie das „Duo Fado“ oder „Ape & Feuerstein“. Getanzt wurde bis zum Sonnenaufgang, die

Stimmung war riesig. Auch bei Melli (28) aus Klennow. Sie war begeistert von der „Großen Aktion“, die sie so wichtig findet. Kleine Aktionen gebe es viel, aber so richtig große könne es ruhig öfter geben, denn hier zeige der Widerstand seine immer noch vorhandene Stärke. Vor allem der Zusammenhalt der Wendländer/-innen werde so wieder spürbar. „Solch eine zentrale Aktion im Rahmen der KLP sollte es unbedingt auch im nächsten Jahr wieder geben.“ Das fand auch der Vorsitzende der Bürgerinitiative, Martin Donat. In einer Mail an den Vorstand der BI schrieb er am Tag danach: „Das war wendländischer Widerstand zum Anfassen, Mitmachen und Mitlachen..“



Verbale Gewaltorgie

Am Rande der „Kulturellen Widerstands-Party“ räumten einige hundert Teilnehmer/-innen den äußeren Zaun ab und weiteten das Fest auf den Grünstreifen, der das sogenannte Erkundungsbergwerk umgibt, aus.

Nicht unter den Gästen der Widerstands-Party war der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD). Dennoch ließ er sich hinreißen, die Aktion als „Gewaltorgie“ zu bezeichnen. Er sah darin „puren Polizeihass“ und „blinde Zerstörungswut“. Die Polizei sprach zudem von einem durch einen Farbbeutel „schwer verletzten“ Beamten. Die Bürgerinitiative wies die aufgebauchte Fern-

diagnose des Ministers entschieden zurück.

„Unfreiwillig hat Pistorius durch seine verbale ‚Gewaltorgie‘ den politischen Charakter der Veranstaltung betont“, kommentierte die BI. „Im Übrigen haben wir als Veranstalter immerfort mit der Polizeieinsatzleitung kooperiert.“ Das bestätigte auch BI-Vorstandsmitglied Kerstin Rudek: „Mit der Polizeileitung hatten wir durchgehend Einvernehmen. Sie äußerte sich ‚fast zufrieden‘ mit der Gesamtsituation.“ Die verbalen Entgleisungen wurden auch durch Teilnehmer/-innen kritisiert: „Auch ich bin auf das Gelände (...) vorgedrungen“, schreibt beispielsweise die 15-jährige Sinja in einem Leserbrief an die Elbe-Jeetzel-Zei-

tung, „und es gab keinen Moment, in dem ich mich unbehaglich fühlte.“ Und weiter: „Ich habe nichts von der (...) von Pistorius zitierten ‚sehr gut und ganz bewusst organisierten Gewaltorgie‘ gespürt.“ Dem stimmt GR-Fotografin Karin Behr zu. Sie war dabei als der Zaun fiel und die Menschen aufs Gelände strömten: „Da waren fröhliche und friedliche Einheimische dabei, aber auch viele brave Bielefelder Bürger.“ Die „schwere Verletzung“ des Polizeibeamten hält sie für eine taktische Behauptung: „An den Aufnahmezeiten meiner Fotos kann ich sehen, dass der Beamte noch mindestens 25 Minuten, nachdem er von einem Farbbeutel getroffen wurde, als Leitungskraft im Einsatz war.“ (gr)

Open Air gegen das Vergessen

Ventschau Spätsommer und ländliche Idylle. Gute Musik und Good Vibrations. Wer in diesem Umfeld etwas gegen die Not der Familien in Tschernobyl und von Kindern in Fukushima tun will, der kommt Anfang September zum 3. Benefiz-Open Air.

Nach den erfolgreichen e-ventschau-Festivals in den vergangenen zwei Jahren, bei denen über 14 000 Euro Spendengelder gesammelt wurden, soll in diesem Sommer eine Neuauflage stattfinden, deren Erlös dem Projekt „Heim-statt-Tschernobyl“ zu Gute kommen soll. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, Familien in nicht verstrahltes Gebiet umzusiedeln und ihnen eine neue Existenz zu sichern.

Eine weitere Spendenempfängerin wird die Kinderklinik in Fukushima sein, deren ehrenamtliche Helfer/-innen sich der strahlengeschädigten Kinder angenommen haben und dort kostenlose Nothilfe leisten.

„Unsere Antriebsfeder, auch in diesem Jahr wieder ein Benefiz-Open Air in Ventschau zu veranstalten, ist die Hoffnung, die Not

der Menschen, speziell der Kinder in den verstrahlten Gebieten, zu lindern“, schreiben die Veranstalter/-innen. Die durch die radioaktive Verseuchung entstandenen Schäden an Mensch und Natur würden in Zukunft durch genetische Schädigung zunehmen.

„Wir wollen durch Information etwas gegen das Vergessen der radioaktiven Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima tun und wachsam bleiben im Hinblick auf die Endlagersuche in der Bundesrepublik und weltweit.“

Am Samstag, dem 5. September wird es darum erneut eine schöne Mischung aus Information, Ausstellungen und Filmen zu den Themen Widerstand, Atomausstieg und Endlagerung geben, teilt das Organisations-Team mit. Zusätzlich wird ein Kinderprogramm geboten (u.a. wird der



Puppenspieler Mapili auftreten), und natürlich wird fürs leibliche Wohl gesorgt sein.

„Wir bieten aber vor allem ein reichhaltiges Musikprogramm“, so die Veranstalter/-innen des Festivals. Unter anderen hätten bisher „Dreimalich“, „Rest in Risiko“, „Simon und Jan“ und „Karolina Kingdom“ zugesagt.

Karsten Hinrichsen berichtet zudem über den aktuellen Stand an den AKWs Brokdorf und Brunsbüttel, Bernd Redecker über Krümmel und Geesthacht.

Der aktuelle Film „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ wird in Anwesenheit des Regisseurs Edgar Hagen gezeigt. Anschließend besteht die Möglichkeit mit ihm und BI-Sprecher Wolfgang Ehmke über das Problem der Endlagerung zu diskutieren.

(pm, gr)

e-ventschau 2015, 5. September, ab 14.00 Uhr. Veranstaltungsadresse: „Hof Thiele“, Am Bruch 1, 21371 Ventschau (Landkreis Lüneburg; zwischen Neu Darchau und Dahlenburg). Campingmöglichkeit vorhanden. Anfahrt auch mit dem Bus 5300 ab Lüneburg. Eintritt frei, Spenden erwünscht.

Don't nuke the climate!

Paris Vom 30. November bis zum 11. Dezember wird in Paris die UN-Klimakonferenz stattfinden. Dort soll als Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll ein neues Abkommen mit verbindlichen Klimazielen für alle 194 Mitgliedsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention vereinbart werden.

Henrik Stern von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) ist skeptisch: „Im Dezember werden sich die Vereinten Nationen wieder einmal daranmachen, der Welt vorzugaukeln, sie wären am Schutz von Klima, Umwelt und unser aller Zukunft interessiert. Auf höchster Ebene wird man sich gegenseitig zu Versprechungen hochschaukeln, die dann immer noch weit unter aller Sau liegen dürften und frühestens in der übernächsten Legislaturperiode angegangen werden sollen.“

Nur habe die UN diesmal den Fehler gemacht, sich ausgerechnet in der Stadt der Liebe und

der Revolution zu treffen, „wo wir doch eh' alle schon lange hin wollten.“ Zusammen mit anderen Anti-Atom-Gruppen aus Europa und Nordamerika plant die BI einen Anti-Atom-Block auf der großen Klima-Demonstration in Paris. „Der eigentliche Grund unseres Kommens ist, dass die Verhandlungen der UN einen Rettungsanker für das sinkende Schiff der Nuklearindustrie bieten könnten. Die Lobbyisten arbeiten mit Hochdruck daran, eine Renaissance der Atomenergie einzuläuten, indem sie selbige, wegen ihrer scheinbaren CO₂-Neutralität, als saubere Energie verkaufen.“ Mit welchem



Wir demonstrieren in der Stadt der Revolution

Erfolg sie das tun, könne man schon an den gigantischen Subventionen für den englischen AKW-Neubau Hinkley Point erahnen. „Die wurden von unserer ‚Atomausstiegsregierung‘ wohlwollend zugelassen.“

Zudem solle Stern zufolge der umweltpolitische Einfluss geschmälert werden, in dem versucht werde, die Anti-Atom-Bewegung in eine Gegenposition zur Anti-Kohle-Bewegung zu setzen. „Das wird ihnen nicht gelingen. Deswegen fahren wir nach Paris und werden am 12. Dezember die Klimademo mit einem massiven internationalen Anti-Atom-Block unterstützen. Paris, je t'aime jetzt schon.“ (pm, gr)

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de



Kriminell oder dumm

Portrait „Wer für Atomkraft ist, ist entweder dumm oder kriminell!“ Viele denken, dass Kerstin Wittstamm eine sehr politische Frausei. Doch Politik interessiert sie auch heute noch nicht, nach so vielen Jahren im Wendland. Trotzdem erlaubt sie sich ihr griffiges Kurzurteil über Atomkraftbefürworter. Ein schräger Haufen sei das mit dem sie nichts zu tun haben wolle.

Im fahrradvernarrten Münster und mit einem Vater, der als Friedhofsgärtner, und einer Mutter, die als Kaufmännische Angestellte tätig war, spielte Politik am Abendbrottisch keine Rolle – Kunst und Theater schon gar nicht. Das Leben war beschaulich in jenen Jahren.

Försterin hätte sie werden wollen, aber einen Jagdschein zu machen brachte Kerstin dann doch nicht übers Herz. Fotografie hätte sie studieren wollen, aber es fehlte an Geld für die Fotoausrüstung. So landete Kerstin mit 21 Jahren auf der Straße: Zehn Jahre tingelte sie im Schaustellerwagen durch Deutschland und trat mit ihrem späteren Mann Willem in verschiedenen Varietés und Comedy-Theatern auf. Das Handwerk lernte sie an der Schauspielerschule in München – und auf den Brettern, die zumindest Deutschland bedeuten. Eine herrliche Zeit, frei und ungebunden! Aber auch eine anstrengende Zeit und eine ohne wirkliches Zuhause. Eines

Wie Kultur wider Willen zu Politik und schließlich zum Politikum wird.

Von Torsten Koopmann

Tages war der Wunsch nach einem festen Wohnsitz nicht mehr wegzutingeln. Als Suchregion standen Kerstin und ihrem Mann ganz Deutschland offen. Irgendwann in dieser Zeit landeten beide vor der Löwenvilla „in der Südkreismetropole Clenze“. Das war die Entscheidung fürs Wendland.

Und es war 1994, die heiße Phase in den Vorbereitungen des Widerstands auf den drohenden ersten Castortransport ins Zwischenlager in Gorleben. Neben den Löwenköpfen an der Zufahrt zur kleinen Villa standen sehr bald schon die großen gelben Xe, Castorgruppe und Kindergarten waren Kerstins erste Kontakte. Die Politik traf sie mit voller Wucht. Im Wendland sei sie bereits eine Woche nach dem Umzug „angekommen“. Weite Landschaften, offene Menschen, „und alles ist so klein. Man kennt sich.“ Speziell über Gorleben denke sie nicht nach. Das Problem sei doch größer. „Aber Gorleben ist der Ort, wo man es laut ausspricht: aufhören, aufhören, aufhören mit der Atomkraft.“

Die Theatererfahrungen nutzten Kerstin und Willem auch im Wendland und bauten den „Musenplast“, der bis dahin nur während der Kulturellen Landpartie veranstaltet wurde, an der Castor-Transportstrecke in Laase auf, gerade eben außerhalb des Demoverbotskorridors. Ein Kulturort schwebte den beiden vor, ausdrücklich keine politische Veranstaltung. Hier sollten in all dem Protest-Getümmel Tanz- und Theateraufführungen, Musik und Lesungen stattfinden. Ein Ort der Erholung und des Durchatmens. Aber in unmittelbarer Nähe zu Blaulicht und Wasserwerfern, zu Atomtransport und Sitzblockaden wird alles zur Politik, manchmal mehr als einem lieb ist: 500 Meter von der Transportstrecke entfernt fühlten Kerstin und Willem sich sicher und glaubten nicht, dass je ein Polizeieinsatz dem „Musenpalast“ gelten könnte. Und doch wurde das Zirkuszelt während des Castortransports im Jahr 2003 stundenlang eingekesselt. Niemand kam mehr rein, niemand kam raus. Während der Polizei-

aktion gingen die Lesungen und Musikaufführungen einfach weiter. Vom „Musenpalast“, so wurde später in einem Gerichtsverfahren klar, soll angeblich ein „erhöhtes Gefährdungspotential“ ausgegangen sein. „Totale Farce!“

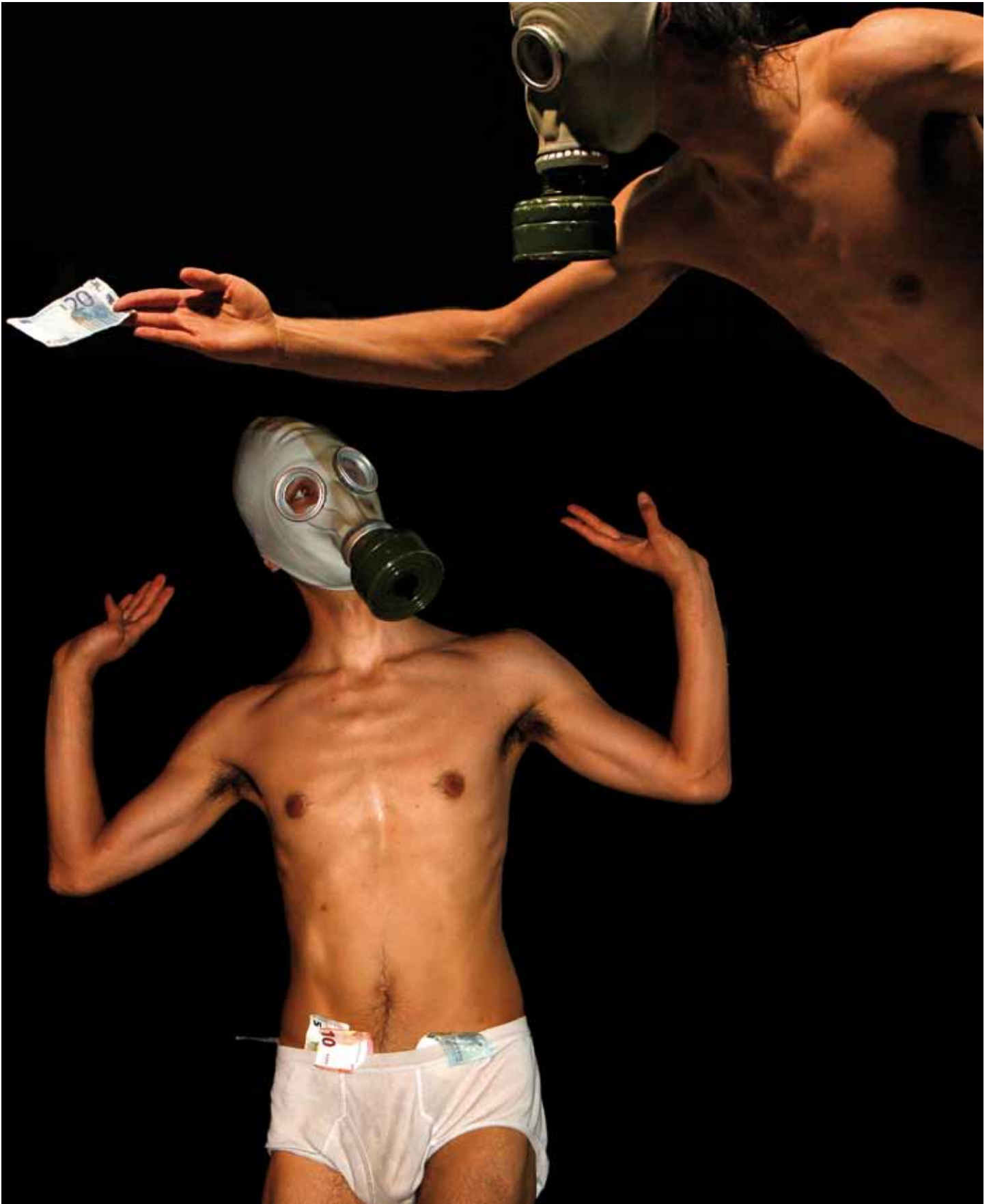
Im Prozess war Kerstin dann doch überrascht, wie empört die Richterin von den Verhaltensweisen der Polizisten war. In einem Nebensatz wurde berichtet, dass die Polizei während des Kessels den Queen-Klassiker „We are the Champions“ über ihre Dachlautsprecher abspielte. „Das ließ die Richterin sich mehrmals bestätigen. Jeder im Wendland kennt diese Geschichte, aber eine Richterin weiß nicht, was ihre Polizisten tun...?!“ Kerstin schüttelt den Kopf. „Die war sichtlich schockiert und empört.“

Der Prozess wurde übrigens gewonnen, und seitdem muss die Polizei jeden, der zum „Musenpalast“ möchte, ungehindert passieren lassen. „Auf den Eintrittskarten ist das Urteil seitdem in einer Kurzfassung abgedruckt.“ Kerstin lacht schelmisch.

Aber sie gesteht auch, dass sie die genauen Verstrickungen noch immer nicht versteht. Braucht sie auch nicht. Es reicht ihr ein gesunder Menschenverstand: „Wenn es hochgefährlichen Müll gibt, von dem keiner weiß, wo er gelagert werden kann, dann muss man sofort damit aufhören, diesen Müll zu produzieren und Atomkraftwerke sofort abschalten.“

Mit dieser Haltung macht man sich auch im Wendland nicht nur Freunde. So kam es in den vergangenen zwanzig Jahren öfter vor, dass Kerstin am Morgen die Reifen ihres Autos zerstochen vorfand... Gut tut in solchen Zeiten die Solidarität, die sie auch von den Gewerbetreibenden im Ort erfahren hat. Wurst und Brötchen wurden vom örtlichen Schlachter und Bäcker gespendet. Auch die Saatabau unterstützte sie immer wieder mal für ihre Aktionen und den „Musenpalast“. Und so mancher Reifenwechsel wurde zum Selbstkostenpreis erledigt. „Diese Solidarität stärkt“, sagt Kerstin heute. Und macht es ihr leicht, den anderen keinen Raum im Kopf zu geben.





Körpereinsatz im wahrsten Sinne des Wortes, denn auch Tanz und Schauspiel können Protest und Aufklärung vermitteln. Der in Berlin lebende Body-Poet Kazuma Glen Motomura ist halb Japaner und halb Simbabwe. Er studierte verschiedene Tanzstile wie Hip-Hop, zeitgenössischen Tanz und verschiedene Kampfkünste und verband alles zu einem Ausdruckstanz. „Ich benutze meinen Körper als Gefäß für die Poesie und die Sprache“, sagt Motomura. Er verbindet schwarzen Hu-

mor mit Bewegung und verbalem Ausdruck – nicht nur, aber auch, um immer wieder auf die Probleme in Fukushima hinzuweisen. Zuletzt zeigte er seine Anti-Atom-Performance als Eröffnung der Tagung „Atommüll ohne Ende“

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

e-ventschau 2015

3. Benefiz Open Air in Ventschau (Landkreis Lüneburg)

für die Kinder von Tschernobyl & Fukushima



**Eintritt frei!
Spende erwünscht!**

**Samstag
5. September
ab 14:00 Uhr**

Live-Musik
Karolina Kingdom
Simon & Jan
Rest in Risiko
Dreimalich
... und mehr!



Stoppok und Ben Turner 2014

Film & Vortrag
„Die Reise zum sichersten Ort der Erde“
Edgar Hagen & Wolfgang Ehmke

Aktionen
Jan Balyon (Performance)
Mapilis Traum (Puppentheater)



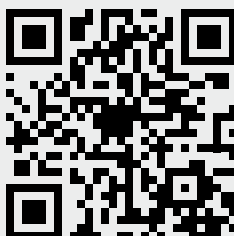
Leckereien, Spiele, Party



Mehr Infos unter www.e-ventschau.de



Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



**Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg**
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de